

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0204/2020/IV

Datum:
08.10.2020

Federführung:
Dezernat V, Amt für Chancengleichheit

Beteiligung:

Betreff:

Beratung, Diskriminierungsschutz und Empowerment für lesbiche, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere (lsbttiq) Menschen in Heidelberg – Aktueller Projektstand PLUS. Psychologische Lesben- und Schwulenberatung Rhein-Neckar e.V.

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 26. Oktober 2020

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	20.10.2020	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit nimmt nachfolgende Informationen über den aktuellen Entwicklungsstand des Aufbaus einer Fachstelle für die Prävention von Homo- und Transfeindlichkeit sowie für die Beratung und das Empowerment von lesbisch-tig Menschen in Heidelberg durch PLUS. Psychologische Lesben- und Schwulenberatung Rhein-Neckar e.V. zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
• keine	
Einnahmen:	
• keine	
Finanzierung:	
Folgekosten:	
• keine	

Der Projektbericht hat keine finanziellen Auswirkungen. Eventuelle finanzielle Auswirkungen hängen von der Weiterentwicklung des Projekts ab, die gegebenenfalls vom Gemeinderat gesondert diskutiert und beschlossen werden müssten.

Zusammenfassung der Begründung:

Seit 2017 fördert das Amt für Chancengleichheit PLUS. Psychologische Lesben- und Schwulenberatung Rhein-Neckar e.V., um in Heidelberg eine kostenlose psychosoziale Beratung zu Fragen der sexuellen und geschlechtlichen Identität wie auch Fortbildungs- und Aufklärungsangebote für Schulklassen, Jugendgruppen und Lehrkräfte bereit zu stellen. Im Zuge der Bewerbung Heidelbergs in das Rainbow Cities Network wurde PLUS vom Heidelberger Gemeinderat mit der Konzeptentwicklung für den Aufbau einer Fachstelle beauftragt (siehe hierzu Drucksache 0293/2019/BV). Das Amt für Chancengleichheit informiert über den Stand der Umsetzung.

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 20.10.2020

Ergebnis: Kenntnis genommen

Begründung:

1. Ausgangssituation und Handlungsbedarfe

1.1. Diskriminierungserfahrungen von LSBTTIQ

Trotz entscheidender Fortschritte im Abbau der gesellschaftlichen wie rechtlichen Diskriminierung erfahren lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere (lsbttiq) Menschen immer noch im beträchtlichem Maße Diskriminierung und Gewalt. Dies belegen unter anderem Erhebungen im Auftrag des Landes Baden-Württemberg¹ (2014), der Antidiskriminierungsstelle des Bundes² (2017) sowie die Umfrage „Sicher Out?“, die im Auftrag des Amtes für Chancengleichheit der Stadt Heidelberg und des Fachbereichs Demokratie und Strategie der Stadt Mannheim durchgeführt wurde³. Wichtige Ergebnisse von „Sicher Out?“ lauten:

- 61% der Umfrageteilnehmer*innen waren von einem diskriminierenden Vorfall selbst betroffen.
- 45% der Teilnehmer*innen wurden in den letzten 12 Monaten im öffentlichen Raum durch einen anderen Menschen abgewertet, beschimpft oder bespuckt.
- 21% der Befragten berichteten sexuelle Belästigung und 14% sexuelle Übergriffe in den letzten 12 Monaten.
- 89% der Befragten verzichteten im öffentlichen Raum auf Gesten gleichgeschlechtlicher Zuneigung wie Händchenhalten oder Küssen, vermeiden das Tragen bestimmter Formen der Kleidung oder nutzen den öffentlichen Nahverkehr nur eingeschränkt.
- Nur eine von fünf Personen ging zur Polizei, wenn sie bedroht, körperlich oder sexuell angegriffen wurde oder eine versuchte Vergewaltigung erfahren musste.

¹ https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Offenheit_und_Akzeptanz/Onlinebefragung_Aktionsplan_Akzeptanz_2014.pdf

² https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise_Diskriminierungserfahrungen_in_DE_anhand_der_sexualitaet.pdf?__blob=publicationFile&v=8

³ <https://www.heidelberg.de/hd/HD/Rathaus/sicherheit+von+lsbttiq-menschen.html>

1.2. Mögliche Folgen von Diskriminierung und daraus abgeleitete Handlungsbedarfe

Auch wenn sich viele Lsbttiq Menschen Strategien und Fähigkeiten angeeignet haben, mit Abwertung und Diskriminierung adäquat umzugehen, können sich Homo- und Transfeindlichkeit gerade auf das **psychosoziale Empfinden junger Menschen negativ auswirken**. Als **Folgen von homo- und transfeindlicher Diskriminierung** belegen verschiedene Studien unter anderem Beeinträchtigung in Schule, Ausbildung und Karriere, Verlust sozialer Integration sowie Risikoverhalten, psychische Erkrankungen und erhöhtes Suizidrisiko.

2. Entwicklungsauftrag an PLUS e.V. zum Aufbau einer Beratungsstelle

Die unter Punkt 1 aufgeführten Problemlagen und Handlungsfelder und unsere bisherigen Erfahrungen haben den Aufbau einer Fachstelle für LSBTTIQ, die von Diskriminierung und Gewalt betroffen sind, notwendig gemacht. Im Zuge der **Selbstverpflichtung** der Stadt Heidelberg, sich im Rahmen der Bewerbung um eine Mitgliedschaft im **Rainbow Cities Network** dafür einzusetzen, dass LSBTTIQ in Heidelberg sicher und geschützt leben können, beauftragte der Heidelberger Gemeinderat im Jahr 2019 PLUS mit der Konzeptentwicklung für den Aufbau einer Fachstelle für die Prävention von Homo- und Transfeindlichkeit sowie für die Beratung und das Empowerment von Lsbttiq Menschen. Die Nachfrage nach Beratung, Aufklärung, Expertise und Netzwerkarbeit im Kontext LSBTTIQ, die durch Schüler:innen, durch junge Menschen und ihre Familien, durch Fachkräfte und Organisationen der Zivilgesellschaft an das Amt für Chancengleichheit und PLUS herangetragen werden, ist ansteigend.

Die Expertise von PLUS und ihren Mitarbeiter:innen ist bundesweit anerkannt. Die Mitarbeiter*innen von PLUS werden deutschlandweit als Expert:innen angefragt und publizieren zum Thema in einschlägigen Fachverlagen. Auf Landesebene berät PLUS das Sozialministerium Baden-Württemberg zu Fragen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Mitarbeiter:innen von PLUS entwickelten innerhalb des Projekts „Landesweite Beratung für lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere Menschen“ eine landesweit gültige Qualitätssicherung und Standards für psychosoziale Beratungsangebote für Lsbttiq Menschen.

Seit Januar 2020 baut PLUS in Heidelberg eine stabile fachliche Präsenz auf. Meilensteine in diesem Jahr waren:

- **Ausbau der Beratung:** Zielgruppen sind hier sowohl Lsbttiq Menschen wie auch ihre Angehörigen sowie Fachkräfte aus den Bereichen Bildung, Jugendamt und Jugendarbeit, soziale Dienste, et cetera. Trotz Corona-Krise und den damit verbundenen Beschränkungen auf Telefon- und Videoberatung besteht bereits heute eine Warteliste; die Termine der drei Berater:innen sind Wochen im Voraus ausgebucht. Um die Angebote bekannter zu machen, wurde eine Sichtbarkeitskampagne entwickelt, die über die Angebote auf Postern oder Flyern informiert.

- **Schulungen, Fachveranstaltungen und Mitarbeit in kommunalen Arbeitsgruppen:** die Workshops in Heidelberger Schulklassen sowie die jährlich durchgeführten Fortbildungen für Lehrkräfte stoßen auf große Resonanz und werden sehr positiv evaluiert. Die Umstellung auf Online-Formate gelang ohne Probleme. Die Schulpräventionsarbeit wird sukzessive ausgebaut. PLUS organisiert 2020 Fachveranstaltungen unter anderem im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Open Dykes**“ und der „Trans*Aktionswochen“ und bringt ihre Expertise in die Heidelberger Partnerschaft für Demokratie, das Heidelberger Antidiskriminierungsnetzwerk und den Arbeitskreis „Präventiv gegen Diskriminierung, Extremismus und Hassgewalt“ ein. Daneben unterstützt PLUS die Stadt Heidelberg in der Entwicklung von Fachveranstaltungen unter anderem zu den Bedarfen von Regenbogenfamilien oder zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt am Arbeitsplatz.
- **Entwicklung eines Präventionskonzepts:** PLUS entwickelt ein umfassendes Präventionsmodell, das ab 2021 sukzessive umgesetzt werden könnte. Ziel ist die Schaffung einer spezifischen Anlaufstelle zu lsbtqi-bezogener Diskriminierung und Gewalt, die Vernetzung von Polizei, Justiz und der LSBTTIQ-Community sowie erste Kooperationen mit örtlichen Trägern zu veranstaltungsbezogenen Präventionsmaßnahmen.

Auf dieser Grundlage kann - wenn vom Gemeinderat gewünscht und beauftragt - ab dem Jahr 2021 das bisherige Beratungsangebot von PLUS e.V. zu einer Fachstelle für die Beratung von Opfern von **lsbtqi-bezogener Diskriminierung und Hassgewalt** ausgebaut werden. Im Zuge der **Aufnahme Heidelbergs** in das **Rainbow Cities Network (RCN)** unterstrich das RCN die **Bedeutung der Arbeit von PLUS e.V.** für LSBTTIQ in Heidelberg und sprach sich für die **Umsetzung des Entwicklungskonzepts** aus. Weitere Informationen sind Anlage 01 zu entnehmen. Aufgrund der aktuellen finanziellen Situation muss die Finanzierbarkeit im Rahmen der Planungen und Priorisierungen zum Doppelhaushalt 2021/2022 geprüft und bewertet werden.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+/- berührt:	Ziel/e:
SOZ 2	+	Diskriminierung und Gewalt vorbeugen Begründung: Die Betroffenen sind sowohl gesellschaftlicher Diskriminierung als auch Gewalt ausgesetzt. Die Beratungsarbeit unterstützt sie präventiv und leistet Empowerment. Gleichzeitig setzt sich die Schul- und Jugendpräventionsarbeit von PLUS dafür ein, dass Diskriminierung abgebaut und für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt sensibilisiert wird.

- SOZ 3 + **Ziel/e:**
Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern
Begründung:
Das Projekt stützt sich auf das enorme ehrenamtliche Engagement von PLUS. PLUS lebt durch das hohe zivilgesellschaftliche Engagement zahlreicher, oft junger Menschen, die Empowerment- und Selbsthilfe leisten. Der Antrag unterstützt diese ehrenamtliche Arbeit durch fachliche Leitung und Qualifikationsangebote.
- SOZ 12 + **Ziel/e:**
Selbstbestimmung gewährleisten
Begründung:
PLUS ermöglicht es lesbtiq Menschen, Strategien zu entwickeln, um sich erfahrener Diskriminierung zur Wehr zu setzen und selbstbestimmt zu leben.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine.

gezeichnet
Wolfgang Erichson

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Projektbeschreibung PLUS Rhein-Neckar e.V. (VERTRAULICH – Nur zur Beratung im Gremium!)
02	Präsentation (VERTRAULICH – Nur zur Beratung im Gremium!)